

70. Kammerversammlung der Landeszahnärztekammer Sachsen am 19. März 2022

Beschluss: zu TOP 6.1
Betreff: Bürokratieabbau
Antragsteller: Vorstand

Wortlaut des Beschlusses:

Die Kammerversammlung fordert die Sächsische Staatsregierung auf, sich kurzfristig und ergebnisorientiert dem Bürokratieabbau mit dem Ziel zu widmen, für die sächsischen Zahnarztpraxen eine spürbare Entlastung zu erreichen.

Begründung:

Trotz Kenntnis der Lage in den sächsischen Zahnarztpraxen und wiederholter, mit konkreten Beispielen unterlegten Forderungen der sächsischen Landespolitik an die Landespolitik, sind keine Fortschritte und leider auch kein Handlungswille erkennbar. Die eigentlich am Patienten tätigen Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben eine zunehmende Anzahl rein bürokratischer Verwaltungstätigkeiten zu erledigen. Diese Mehrbelastung führt in der Folge zu Unverständnis, Stress und nicht zuletzt Frustration über politische Entscheidungen und auf die Entscheidungsträger. Mit Blick auf die Patienten werden längere Wartezeiten auf einen Behandlungstermin und eine längere Behandlungsdauer die Folge sein.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 49
Gegen den Antrag: 0
Enthaltungen: 0